

Als CDU Gesicht behalten - das christdemokratische Profil

Positionen der CDU Osnabrück-Emsland

Beschluss des Bezirksparteitags am 19. November 2011 in Papenburg

I.

Leistungen

Die CDU ist die politische Kraft, die – teilweise gegen erhebliche Widerstände – die entscheidenden Weichenstellungen für unser Land getroffen hat: Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, die Westbindung, die Europäische Integration und die transatlantische Partnerschaft, den Aufbau der sozialen Sicherungssysteme und die Deutsche Einheit vor 20 Jahren. Geboren aus dem Geist der Einheit christlicher, konservativer und liberaler Strömungen ist die CDU heute eine bestimmende politische Kraft mit staatstragender Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland.

Zudem ist die CDU die bestimmende politische Kraft in unserer Heimat. Unsere Region war früher wirtschaftlich arm. Vor allem in den letzten dreißig Jahren aber hat sich der ehemalige Regierungsbezirk Osnabrück zur wachstumsstärksten Region in Niedersachsen neben dem Südraum um Hamburg herausgebildet. In der Stadt Osnabrück und in den Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim haben wir mit die niedrigsten Arbeitslosenquoten in ganz Niedersachsen. Dabei war es die CDU, die den Anstoß gegeben und die Mehrheiten erkämpft hat für mutige industrielle Ansiedlungen und bahnbrechende Infrastrukturprojekte, z. B. für den Bau der A 31, für den Ausbau der A 1 und der A 30 oder für den Bau des Flughafens Münster-Osnabrück. Auch auf dem Feld der Arbeitsmarkt- bzw. Sozialpolitik sind wir Vorreiter, in dem wir z. B. frühzeitig als „Optionskommunen“ die Integration Langzeitarbeitsloser übernommen haben. Kompass unseres Handelns war stets die christliche Sozialethik, die Freiheit und Verantwortung als verbunden sieht. So sind wir heute eine Region mit Zukunft, eine Region, in der Menschen gerne leben und in der mehr Kinder geboren werden als im Rest der Republik.

II.

Lage

Auf die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat die seinerzeitige Bundesregierung unter Führung der CDU richtig reagiert. Trotz der unverantwortlichen Verschuldung einzelner europäischer Staaten und der damit verbundenen aktuellen Verwerfungen im Euro-Raum steht Deutschland gegenwärtig gut da. Die Wirtschaft ist wettbewerbsfähig, unser Mittelstand leistungsfähig und innovativ. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz haben wir ab Januar 2010 gerade den Mittelstand weiter entlastet. Auch deshalb ist die Arbeitslosigkeit heute so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr.

Die gute wirtschaftliche Lage in Deutschland geht bedauerlicherweise nicht einher mit einer entsprechenden öffentlichen Wahrnehmung der Arbeit der CDU als führender Regierungspartei. Schon bei der Bundestagswahl 2009 hat die Union ein Zweitstimmenergebnis von lediglich 33,8 Prozent eingeholt. In gegenwärtigen Umfragen fallen die Werte kaum besser aus.

Allerdings haben wir in den ersten beiden Jahren der christlich-liberalen Bundesregierung Entscheidungen getroffen, die zuvor nicht oder zumindest in anderer Form Teil unseres Regierungsprogramms waren – die Aussetzung der Wehrpflicht, die Positionierung im Libyen-Konflikt oder der beschleunigte Ausstieg aus der Kernenergie vor dem Hintergrund der Katastrophe im japanischen Fukushima. Die Entscheidung für die Oberschule markiert ein weiteres bedeutendes

Thema, in dem wir unseren Standpunkt verändert haben. Das hat eine Diskussion über die Identität der CDU ausgelöst. Bleibt die CDU Volkspartei? Muss die CDU christlicher werden, familienorientierter, konservativer, sozialer oder marktwirtschaftlicher? – Dieser Debatte wollen wir uns als CDU Osnabrück-Emsland ausdrücklich stellen und dabei unserer Verantwortung als regional führender politischer Kraft gerecht werden.

III.

Fundament

Die Aufgabenstellungen an Politik verändern sich rasant. Ebenso sind die „richtigen“ Antworten einem Wandel unterworfen – abhängig von technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Was bleibt, ist das Fundament unserer Arbeit, unsere politischen Grundüberzeugungen. Kompass für uns ist das christliche Bild vom Menschen. Wir sehen jeden Menschen als einzigartig und in seiner persönlichen Würde unantastbar. Die Akzeptanz der Einzigartigkeit eines jeden bedeutet, die Politik vom Menschen, vom Einzelnen aus zu gestalten und eben nicht vom Staat. Zugleich sind wir uns der Grenzen der Handlungsmacht des Einzelnen, seiner Unzulänglichkeit und Fehlbarkeit, bewusst und sehen Freiheit und Verantwortung als zwei Seiten derselben Medaille. Daraus leitet sich ein Gesellschafts- und Wirtschaftsverständnis ab, für das die CDU seit Jahrzehnten steht: Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und unterscheiden uns mit dieser Haltung grundlegend sowohl von reiner Marktgläubigkeit als auch von der Staatsgläubigkeit unserer politischen Mitbewerber. Wirtschaftliche Vernunft, gesunder Wettbewerb und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen. Wir stehen für Chancengerechtigkeit, aber gegen Gleichmacherei. Das macht die Identität der Union aus und ist Grundlage unserer Mehrheitsfähigkeit. Wir schielen nicht auf tagesaktuelle Umfragen, sondern formulieren unseren Kurs auf der Grundlage stabiler Werte.

IV.

Eckpfeiler unserer Politik heute

Diese Sichtweisen führen in den verschiedenen Politikfeldern zu klaren und unterscheidbaren Ansätzen, die im Folgenden nur beispielhaft genannt werden:

Die internationale Schuldenkrise macht deutlich, wie wichtig solide Finanzen sind. Die CDU steht für **solide und generationengerechte Haushaltspolitik auf allen politischen Ebenen**. Noch für 2010 mussten wir z. B. im Bund mit einer Neuverschuldung von 86 Mrd. € rechnen. Für 2011 gehen wir von weniger als 30 Mrd. € Nettokreditaufnahme aus. Für die Folgejahre planen wir fast stabile Ausgaben und parallel dazu eine schrittweise sinkende Nettokreditaufnahme auf 14,7 Mrd. € in 2015. Das für die Schuldenbremse maßgebliche strukturelle Defizit von maximal 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes werden wir damit schon ein Jahr früher als vorgegeben erreichen.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass **Lehren aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise** in Wirtschaft und Politik, national und international in überzeugender Weise gezogen werden. Wir sind in Deutschland bereits vorgegangen. Wir haben die Finanzmarktaufsicht organisatorisch gestrafft, ein Restrukturierungsgesetz für insolvente Banken geschaffen, den Anlegerschutz

verbessert, den Handel mit Kreditderivaten, die keiner Absicherung dienen, und ungedeckte Leerverkäufe an unseren Börsen verboten. Diesen Weg der Verschärfung der Finanzmarktaufsicht und der Stärkung des Verbraucherschutzes gehen wir weiter. Einen Rückfall in alte Zeiten unzureichender Verantwortlichkeit darf es nicht geben. Die Verursacher der Finanzkrise dürfen nicht als Gewinner aus ihr hervorgehen. Die Finanzmärkte müssen auf ihre dienende Funktion zurück geführt werden. Dazu sind aber auch international schärfere Regelungen erforderlich. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wollen wir deshalb international befördern. Dazu gehört für uns auch eine internationale Finanztransaktionssteuer. Eine solche sinnvollerweise weltweit eingeführte Steuer kann überbordende Spekulationen dämpfen und einen Beitrag leisten, die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung fair zu verteilen.

Wir setzen uns für eine **Steuerstrukturreform** ein. Ziel muss es sein, das Steuersystem zu vereinfachen und die Leistungsgerechtigkeit zu verbessern. Dazu gehört vor allem eine Korrektur des Tarifverlaufes bei der Einkommensteuer (Abbau des „Mittelstandsbauches“). Der jetzige Tarif ist erkennbar ungerecht. Er benachteiligt vor allem die unteren Einkommensbezieher. Diese Ungerechtigkeit wollen wir, soweit es die Haushaltslage zulässt, wenigstens reduzieren. Mit dem Mehr an Spielraum bei den kleineren Einkommen würden wir zudem sinnvolle Konjunkturimpulse setzen, mit denen mögliche Rückgänge in der Exportkonjunktur ausgeglichen werden könnten.

Wir bleiben die **Familienpartei**. Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Sie ist der Ort, an dem Partnerschaft und Solidarität gelebt und Sinn für Gerechtigkeit gelernt und gelebt werden. Wir werden die Familie weiter nachdrücklich fördern. Dazu gehört echte Wahlfreiheit für Mütter und Väter bei Betreuung und Bildung im Interesse der Kinder. Wir wollen auch sonst die Voraussetzungen dafür verbessern, dass sich möglichst viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden. Wir haben für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenberechnung gesorgt. Wir haben schon 1986 das Erziehungsgeld eingeführt und 2007 durch das Elterngeld ersetzt. Wir haben 2008 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz beschlossen. Wir haben uns in Niedersachsen darüber hinaus für die Verbesserung der frühkindlichen Bildung eingesetzt, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt und in Osnabrück das Institut für frühkindliche Bildung eingerichtet. Und wir haben zum 1. Januar 2010 das Kindergeld und den Kinderfreibetrag deutlich erhöht sowie im März dieses Jahres das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in der Grundsicherung durchgesetzt. Wir wollen weiter daran arbeiten, das Ehegattensplitting im Steuerrecht zu einem Familiensplitting umzubauen.

An unserem Altersvorsorgesystem und am Generationenvertrag halten wir fest. Unterbrochene Erwerbsbiografien und Niedrigeinkommen aber können zukünftig zu **Altersarmut** führen. Dem müssen wir **entgegen steuern**. Deshalb unterstützen wir das Modell der Zuschuss-Rente. – Es muss einen Unterschied machen, ob jemand etwas geleistet, Beiträge gezahlt und vorgesorgt hat oder nicht. Insbesondere Frauen, die lange Kinder erzogen haben und für andere Menschen da waren, müssen nach einem arbeitsreichen Leben besser abgesichert sein. Auch Geringverdiener, die ein Leben lang gearbeitet haben, müssen eine Rente bekommen, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Wir wollen die Leistung dieser Menschen in der Rente gerechter als bislang belohnen – mit einer Zus-

chuss-Rente, die diejenigen, die wenigstens 5 Jahre zusätzlich privat vorgesorgt haben (z.B. mit einer geförderten Riester-Rente), ein garantiertes monatliches Alterseinkommen von 850 € gewährt.

Wir stehen dafür, dass jeder die Chance zu bestmöglicher Bildung erhält. In Niedersachsen stellen wir die Weichen, um unser Bildungssystem fit für zukünftige Herausforderungen zu machen. Rückläufige Schülerzahlen erfordern eine Neustrukturierung unserer Schulen vor Ort. Mit dem Zwei-Wege-Modell haben wir eine neue Schulstruktur geschaffen, in welcher die Oberschule die bisherigen Haupt- und Realschulen ersetzen kann. An Oberschulen werden die Schüler in den Hauptfächern differenziert, können jedoch in den übrigen Fächern bis zur Klassenstufe 8 integrativ unterrichtet werden. So kann vor Ort ein ganzheitliches Schulangebot vorgehalten werden, das den Schülerinnen und Schülern alle Wege lange offen hält und für hohe Durchlässigkeit im System sorgt.

Wir sind die Partei, die die Balance von **Freiheit und Sicherheit** gewährleistet. Der Schutz der eigenen Daten hat hohen Stellenwert. Der Schutz unserer Bevölkerung vor Verbrechen und Terrorismus hat aber mindestens ebenso hohen Rang. Kriminellen, die technisch auf neuestem Stand operieren, müssen wir mit gleichrangigen Mitteln entgegen treten können. Deshalb halten wir zur Bekämpfung außerordentlich schwerer, klar definierter Straftaten die Speicherung digitaler Daten für notwendig und vertretbar.

Wir stehen für ein gutes Miteinander aller Menschen in Deutschland und für eine bestmögliche **Integration** von Menschen mit Migrationshintergrund. Wir begreifen Zuwanderung auch als eine wichtige Antwort auf den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel. Integration gelingt durch das Erlernen der deutschen Sprache als Basis der Kommunikation. Ferner bedarf es der Akzeptanz des Grundgesetzes als Wertegrundlage für ein friedliches Miteinander. Diese Aufgabe muss von Staat und Zivilgesellschaft positiv flankiert werden. Wir unterstützen die Einführung islamischen Religionsunterrichtes unter staatlicher Aufsicht an Schulen und Universitäten. Denn nur wer seine eigene Kultur kennt, wird in der Lage sein, andere zu verstehen und zu respektieren. Gleichzeitig muss Zuwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Nur durch eindeutige Maßstäbe kann Zuwanderung nachhaltig gesteuert und ein Erfolgsmodell für unsere Gesellschaft werden.

Das Ehrenamt ist bei uns fester Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Tausende von Männern und Frauen engagieren sich in Vereinen und Verbänden, in Kirche, Sport, Kultur, sozialen Organisationen, Bildungseinrichtungen, Selbsthilfegruppen, Feuerwehr, Rettungsdiensten und in der Politik. Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement wären viele gesellschaftliche Aufgaben nicht zu erfüllen. **Ehrenamt ist praktizierte Subsidiarität.** Wir wollen deshalb, dass das Ehrenamt noch stärker als bisher Anerkennung findet. Ehrenamtliches Engagement muss vor allem in der Öffentlichkeit noch sichtbarer und mehr wertgeschätzt werden. Daneben prüfen wir die Verbesserung finanzieller Anreize, z. B. die Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Aufwandsentschädigungen.

Wir sind der Anwalt der Menschen in Stadt und Land. Deshalb stehen wir dafür, dass das Leben in ländlichen Räumen attraktiv bleiben muss. Dazu gehört der weitere Ausbau der infrastrukturellen Anbindung unserer Region. Im Mittel-

punkt stehen bessere Verbindungen auf allen Verkehrswegen, aber genauso die zügige Anknüpfung an die schnellen digitalen Kommunikationsnetze.

Offenheit für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie für die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements muss stets unsere Arbeit auf allen Ebenen prägen. Denn auch in Zukunft wird unsere Stärke als die Volkspartei in der Region nicht zuletzt davon abhängen, wie gut wir vor Ort vernetzt sind. Instrumente können die Befragung unserer Mitglieder, offene Bürgerforen, die – nach dem Vorbild der amerikanischen „Townhall-Meetings“ – zu einer möglichst offenen Diskussion einladen oder Formen projektgebundenen Engagements auch für Nichtmitglieder, mit dem Ziel der Integration in die Partei, sein. Darüber hinaus erschließen wir uns neue Gesprächsfelder, wenn sie Veranstaltungsorte kreativ auswählt, beispielsweise beim örtlichen Kulturverein oder an Plätzen mit „Laufkundschaft“. Und schließlich muss die CDU ein verlässlicher „Netzwerk-Partner“ für die Bürgerinnen und Bürger sein. Unsere Kommunikation muss dieses Bild aufnehmen, indem sie zwar grundsätzlich seriös und ernsthaft, aber nicht langweilig ist.